

„Gender-Wahn Stoppen“ (AfD)

Wer sich wie und warum gegen die Kontingenz von Sexualität und Geschlecht artikuliert¹

Paula-Irene Villa und Sabine Hark

Beitrag zum Plenum 1 »Offene Gesellschaften und ihre Feinde«

Was macht den Begriff ›Gender‹ derart kontrovers, dass sich in der vergangenen Dekade unter dem zum ideologisierten Kampfbegriff mutierten Begriff des »Genderismus« (Hark, Villa 2015) eine bemerkenswerte, nunmehr europaweite Allianz im Geiste zur Bekämpfung einer angeblich ebenso dubiosen wie gesellschaftliche Fundamente zersetzenden Ideologie zusammengefunden hat? Wieso lassen sich derzeit so starke, affektgeladene Ressentiments an ein letztlich akademisches Konzept wie ›Gender‹ zu knüpfen? Weshalb polemisieren Journalist_innen und (nicht selten selbst ernannte) Expert_innen in den Feuilletons der Tages- und Wochenzeitungen dagegen an, während andere ihn ebendort mit gleicher Leidenschaft verteidigen? Warum befasst sich der Vatikan seit inzwischen Jahrzehnten so intensiv mit ›Gender‹ und warum agitieren Teile der katholischen wie evangelischen Kirche derart vehement dagegen? Weshalb empören sich »besorgte Bürger« in den Weiten der digitalen Medien über die »Gender-Mafia« und über den angeblichen Boom der Gender Studies an den Universitäten in Europa? Weshalb gehen wiederum »besorgte Bürger« gegen Lehrpläne zur sexuellen Vielfalt auf die Straße und warum werden diejenigen, die sich wissenschaftlich mit Gender und/oder mit Sexualität befassen, zum Teil persönlich attackiert und manchmal handfest bedroht?²

¹ Teile dieses Beitrags basieren auf Hark, Villa 2015a und Hark, Villa 2015b. Wir danken Nicole Lühring und Daniel Lehnert für Unterstützung bei der Recherche und der Erstellung des Manuskripts.

² Beispielsweise Aufruf zur »Demo für Alle« vom Juni 2015; <https://demofueralle.wordpress.com/2015/06/16/5-grunde-warum-sie-unbedingt-am-sonntag-21-juni-14-uhr-zur-demo-fur-alle-kommen-sollten/> oder eine online Petition zur Abschaffung von Gender Mainstreaming und Gender Studies; <https://www.civilpetition.de/de/kampagne/schluss-mit-gender-mainstreaming/startseite/>. Zum Vatikan vergleiche die jüngsten Äußerungen von Papst Franziskus bezüglich der »Gender-Theorie« als »Weltkrieg gegen die Ehe«: http://www.corriere.it/esteri/16_ottobre_02/famiglia-papa-francesco-attacca-teoria-gender-92569dd0-8829-11e6-bf16-41bc56635276.shtml. Zur Anfeindung konkreter Wissenschaftler_innen siehe <http://www.taz.de/!5037014/>.

Viele weitere Beispiele, die unsere Fragen nähren, lassen sich leicht selber finden, wenn in eine Suchmaschine die Stichworte ›gender‹ und ›besorgte Bürger‹ oder und ›Lobby‹ eingegeben werden. Auch in Hark, Villa 2015 finden sich eine Vielzahl empirischer Belege.

Wir wollen das zunächst mit einer These beantworten, die wir im weiteren Verlauf des Textes explizieren werden. Die These lautet, dass die Gegner des ›Gender‹ Begriffs und auch der Gender Studies durchaus verstanden haben, ist:

- dass ›Gender‹ für die reflexivierte Prekarisierung ontologischer sozialer Ordnung steht;
- dass es sich um ein post-essentialistisches Konzept handelt,
- und auf der Einsicht in die soziale Gemachtheit und historische Gewordenheit der heteronormativ gerahmten Geschlechterdifferenz basiert, und als solches
- alle Sphären des Sozialen tangiert.

Kurz gesagt: ›Gender‹ ist die Geschlechterdifferenz in Anführungszeichen; ›Gender‹ verweist darauf, mit der Historikerin Joan Scott gesprochen, dass wir es mit »wahrgenommenen Unterschieden zwischen den Geschlechtern« zu tun haben, also nicht mit »festgelegten, natürlichen körperlichen Unterschieden zwischen Frauen und Männern«, sondern mit einem »Wissen, das den körperlichen Unterschieden ihre Bedeutung verleiht« (Scott 1986, 1994: 52). So verstanden, ist eine ›Gender‹-Perspektive, kondensiert gesprochen, insofern Teil des Projekts einer ›offenen Gesellschaft‹ als dies auf die kritische Infragestellung eines vermeintlich nicht verhandelbaren, institutionenbildenden (vorgeblich außersozialen) a priori zielt: eine an Heterosexualität, Zweigeschlechtlichkeit und Monogamie orientierte Anordnung von Geschlechtern, Körpern und Begehren, die die soziale Welt in allen Bereichen bis unter die Haut der Subjekte reicht. Die Gender Studies sind in diesem Sinne tatsächlich Teil einer offenen Gesellschaft und ihrer akademischen Institutionen, in denen – nicht nur, aber eben auch nicht zuletzt – das unbedingte Fragen zum forschenden und lehrenden Handwerk gehört.

Nun wird ›Gender‹ – womöglich paradoxerweise – seit geraumer Zeit auch für eine gegenteilige Behauptung veranschlagt, nämlich eine Form ideologischen Totalitarismus zu sein, der ›uns‹ alle unter ein ›Gender-Diktat‹ zwingen will. Mit Ursula Müller (1998: 130) gesprochen, können wir hier von einer Form der »*diskursiven Enteignung*« sprechen, auch wenn damit nicht gesagt ist, dass ›Gender‹ den Gender Studies gehört. Es ist unseres Erachtens genau diese Enteignung, die Teil jener aktuellen politischen Dynamiken ist, die es dringend zu verstehen gilt. Denn die Paradoxie, dass gerade der Begriff, der vielleicht wie wenige andere für eine Haltung reflexiver Kontingenz steht, in Anschlag gebracht werden kann für die Inszenierung eines neuen Wir-Sie-Gegensatzes, der als affektiv aufgeladene – und zunehmend rassistisch skandierende – Opposition zwischen ›dem Volk‹ und ›dem Establishment‹ konstruiert wird (Mouffe 2007 und 2014), diese Paradoxie scheint uns gegenwärtig symptomatisch zu sein für weit über das Feld von ›Gender‹ hinausweisende – und die liberale Demokratie bedrohende – Dynamiken im politischen und gesellschaftlichen Raum. Anders gesagt: An der Analyse der Diffamierung wie der Verteidigung von ›Gender‹ lassen sich die Herausforderungen, denen die ›offene‹ Gesellschaft derzeit ausgesetzt ist, soziologisch fundiert diskutieren.

Klärung: Was meint Gender soziologisch?

Um das angesprochene Paradoxon zu verstehen, dass ›Gender‹ als Emblem der Erfahrung von Kontingenz dennoch zum Zeichen einer kontingenzvernichtenden Haltung, ja zum Zeichen totalitärer Herrschaft umgedeutet werden kann, wollen wir soziologisch zunächst in klärender Absicht ausholen. Den Begriff des »Genderismus« als soziologisch-kritischen Begriff verdanken wir Erving Goffman. Für Goffman ist Geschlecht – ›Gender‹ – gleichsam der Prototyp einer sozialen Kategorie und Klassifikation; die anfängliche Zuordnung zu einer Geschlechtsklasse stellt für ihn nur den ersten Schritt in einem fortwährenden, lebenslangen Sortierungsvorgang dar, der die Angehörigen beider Geschlechtsklassen einer radikal verschiedenen Sozialisation unterwirft. »Genderismen« sind für Goffman folglich institu-

tionelle Verfestigungen. Erklären will er damit nicht »die sozialen Konsequenzen der angeborenen Geschlechtsunterschiede«, sondern »wie diese Unterschiede als Garanten für unsere sozialen Arrangements geltend gemacht wurden (und werden) und, mehr noch, wie die institutionellen Mechanismen der Gesellschaft sicherstellen konnten, dass uns diese Erklärungen stichhaltig erscheinen« (Goffman 2001: 107).

›Gender‹ ist hier also nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein *soziales* Klassifikationsschema, ein konstituierender Rahmen, in dem sich Praxis performativ vollzieht. Und genau das zeichnet die Gender Studies aus: In Bezug auf die Geschlechterdifferenz deren soziale und historische Konstituiertheit, ihre praxeologische Konstruiertheit und die materiellen Dimensionen sowie deren Faktizität *gleichzeitig* sichtbar zu machen. Während Goffman also in soziologisch-aufklärerischer Intention die Verklammerung von Praxen mit institutionellen Arrangements fokussiert, wenn er von »Genderismus« spricht, bringen die Vertreter_innen jener selbst ernannten »Anti-Gender(ismus)«-Allianz diese Chiffre zur Mobilisierung gegen eine vermeintlich von den Gender Studies propagierte totalitäre »Gender-Ideologie« in Stellung. Ein -ismus, der, so wird in einschlägigen Foren oder Texten formuliert, dem Faschismus oder Stalinismus gleich, uns alle einer Gender-Diktatur unterwerfen will, indem uns die »Genderistas« wahlweise Vorstellungen von Geschlecht aufzwingen oder aber gänzlich aberziehen.³

Empirisch: Eine Allianz im Geiste

Wenn wir hier von einer Allianz sprechen, so meinen wir damit ein loses, jedoch zunehmend stabiler werdendes Netzwerk mehr oder weniger direkt persönlich und/oder institutionell verbundener Personen, Organisationen und Institutionen. Diese Allianz reicht vom Vatikan über evangelikale Freikirchen und die katholische Frauenbewegung in Polen, die Bewegung *Manif pour tous* in Frankreich und die -gida-Proteste in Deutschland, die AfD und die unter dem Namen ›Besorgte Eltern‹ gegen die vermeintliche »Frühsexualisierung« von Kindern kämpfenden Gruppen, neokonservative Männerrechtler, selbst ernannte »Lebensschützer«, konservative Ökolog_innen, maskulinistische und andere (Leitmedien-)Publizisten, Wissenschaftlichkeit reklamierende Blogger_innen, eine von Kassel über Frankfurt bis Konstanz reichende, medial sehr sichtbare Gruppe von Professoren für (Evolutions-)Biologie bis hin zu extrem rechten Bewegungen und Parteien (hierzu und zum Nachfolgenden Frey et al. 2014; Hark, Villa 2015; Kemper 2016; Kovac, Poim 2015; Kuhar, Paternotte 2017). Es ist ein faktisch transnational agierendes – in sich tatsächlich heterogenes – Netzwerk; insbesondere in Europa existieren mannigfaltige Verbindungen etwa zwischen den neurechten, nationalistisch-völkischen Parteien wie die Front National in Frankreich, die AfD in Deutschland, die PiS (‚Recht und Gerechtigkeit‘) in Polen und die FPÖ in Österreich. Diese positionieren sich allesamt in ihrer Parteiprogrammatik ausdrücklich gegen ›Gender‹ oder ›Genderismus‹ und unterhalten mehr oder minder starke Verbindungen zu den gegenwärtigen sozialen Bewegungen im rassistischen, anti-demokratischen und autoritären Spektrum, etwa zu den Identitären oder Pegida. Ein anderes Beispiel für die transnationale Dimension der selbsternannten »Anti-Genderisten« ist die Vernetzung zwischen dem Vatikan, insbesondere unter Papst Benedikt, dem deutschen Kardinal Ratzinger, und anderen konservativ-katholischen Publikationsorganen, Blogs, Kirchenfunktionären, Journalist_innen und Einzelpersonen.

³ Von den vielen Beispielen seien hier erwähnt: „Frankfurter Erklärung“ von G. Buchholz: <http://frankfurter-erklaerung.de/2015/09/das-problem-mit-der-meinungsfreiheit-ist-die-meinungsfreiheit/>; WikiMannia: <http://de.wikimannia.org/Genderismus>.

Gender Studies abschaffen! Warum?

Wir haben uns in diesem Zusammenhang besonders mit der Diskreditierung der Gender Studies und den Angriffen auf diese befasst (Hark, Villa 2015b), nicht nur weil wir selbst als Personen/Forschende direkt adressiert und angefeindet und weil manche Versuche der Diskreditierung in die DGS hinein getragen wurden (Stellungnahme der DGS Sommer 2014),⁴ sondern auch, weil es dabei zum Teil rhetorisch extrem, das heißt: dogmatisch und fundamentalistisch zugeht. Da wird nicht nur von den Gender Studies als »Exzess«, »Ideologie«, »pseudo-religiöse Dogmatik« oder »Anti-« beziehungsweise »Pseudowissenschaft« gesprochen; es ist die Rede von »Gender-Wahn« und »Gender-Unfug«, von »Krampfzone«, von der »Profilierungssucht« der »Genderfrauen«, deren illegitimer Besetzung von Professuren und Lehrstühlen (»Lehrstuhlbesetzer«) sowie davon, dass die Gender Studies (natur-)wissenschaftlich bewiesene und objektive Tatsachen ebenso wenig zur Kenntnis nähmen wie den »gesunden Menschenverstand«. Auch werden die Gender Studies nicht nur eines neuen Kreationismus oder Sektierertums bezichtigt, sondern bisweilen mit einem »Krebsgeschwür« (U. Kutschera, Uni Kassel)⁵ verglichen, das – einem bösartigen Tumor gleich – sämtliche Fachbereiche »erobern« möchte.

Diese fundamentalistische Rhetorik (siehe auch Herrmann 2015) inklusive ihrer menschenverachtenden Metaphorik ist für die Bundesrepublik neu und wäre noch vor zwei oder drei Jahren für öffentlich nicht satisfaktionsfähig gehalten worden. Sie ist indes nicht als Verirrung Ewig-Gestriger abzutun. Im Gegenteil: Warum wir den Vorwurf der Anti-Wissenschaftlichkeit aktuell wissenschaftlich und auch gesellschaftlich für hoch relevant halten, ist, wie gesagt, dem Umstand geschuldet, dass und wie sich diese spezifische Diskreditierungsfigur gegenwärtig europaweit mit (rechts-)populistisch-fundamentalistischen, anti-etatistischen und anti-demokratischen Rhetoriken und Dynamiken verbindet.

Der im Namen der reinen Wissenschaftlichkeit auftretende »Anti-Genderismus« wartet in Bezug auf die Gender Studies im Wesentlichen mit zwei Standpunkten auf:⁶ Einerseits wird die eigene Interpretation als unhintergehbare Wahrheit dargestellt, die sich gegen eine vorgeblich »von oben« gesteuerte Indoktrination stellt; eine Indoktrination, die wahlweise von der Brüsseler EU-Bürokratie, dem Staat, den Gleichstellungsbeauftragten oder schlicht den Gender-Professor_innen ausgehe, immer aber Ausdruck eines Zwangs zur Political Correctness sei. Hier wird die Diffamierung und/oder Kritik an den Gender Studies zur Selbst-Verheldungs-Geste (Villa 2016), einer Eigen-Heroisierung also, die dabei implizit suggeriert oder auch explizit artikuliert, gegen ein prinzipiell totalitäres System – Gender – zu opponieren (Abbildung 1).

⁴ <http://www.soziologie.de/de/nc/aktuell/stellungnahmen/single-view/archive/2014/07/23/article/erklaerung-der-deutschen-gesellschaft-fuer-soziologie-dgs-zu-aktuellen-kampagnen-der-diskreditierung.html>.

⁵ <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/uni/universitaet-kassel-professor-ulrich-kutschera-zieht-ueber-genderforschung-her-a-1050888.html>.

⁶ Wir können hier aus Platzgründen keine umfassende Diskurs- bzw. Dokumentenanalyse vorlegen. Die Auswahl der Materialien basiert auf einer Auswertung, die in Hark und Villa 2015b erläutert wird. Wir haben keine im engen Sinne systematische Diskurs- oder Dokumentenanalyse durchgeführt, wie sie methodisch sinnvoll wäre. Solche Arbeiten entstehen derzeit, etwa als MA Arbeiten an der LMU München. Doch haben wir umfangreiche Materialsammlungen (Zeitungen, Blogs, Videos, politische Broschüren) angelegt und gesichtet, insbesondere im Zeitraum 2010–2016. Viele weitere empirische Belege finden sich auch in den im Text angegebenen Quellen.



STANDPUNKT
Gefahren für die Meinungsfreiheit

11 | November 2015

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist im Grundgesetz verankert: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern“... „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Die Meinungsfreiheit ist eine unserer „heiligsten“ westlichen Werte. Vor einigen Monaten beschrieb ich einem Artikel in der F.A.Z. launig, so dachte ich zumindest, einige meine Eindrücke und Beobachtungen hiesigen studentischen Lebens und Verhaltens im Vergleich zu meiner Zeit als Student in den USA. Mein Beitrag schien lediglich zu sagen, was die meisten meiner Kollegen (ich erhielt über einhundert Zuschriften, bitte entschuldigen Sie, dass ich nicht alle beantworten konnte) auch dachten.



Axel Meyer ist Professor für Zoologie und Evolutionsbiologie an der Universität Konstanz

Die Reaktionen waren trotzdem vehement. Jetzt weiß ich, wie sich ein sh*tstorm anfühlt – aber der Sturm kam nicht nur, wie zu erwarten, von studentischer Seite. Denen bot ich sofort ein Gespräch an, und wir konnten Missverständnisse schnell ausräumen. Wir sind längst wieder im Reinen und auch die anonyme Evaluation meiner Vorlesung in diesem Semester war weit überdurchschnittlich positiv. Aber es gab auch von überraschender Seite unschöne Angriffe und die kamen mit Drohungen, die ich hier nicht wiedergeben möchte, aus Schutz von und Loyalität mit meiner Universität. Und Vertrauensdozent der Studienstiftung bin ich nun auch nicht mehr. Schade. Ich möchte meine Stipendiaten sehr.

Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut, und sie ist offensichtlich in Gefahr. Alles zu denken und zu sagen, im Rahmen des Grundgesetzes, muss erlaubt, ja erwünscht sein. Gerade an Universitäten muss sie nicht nur gefordert, sondern gefördert und geschützt sein, denn wenn nicht dort, wo denn dann? Dann nur kann Neues erforscht werden, wenn das Alte in Frage gestellt wird. Die Angriffe aber kommen aus verschiedenen Richtungen. Sie kommen von scheinbar gleichgeschalteten Medien, die Meinungen, die nicht der vorherrschenden „political correctness“ entsprechen, ignorieren oder diffamieren. Political correctness, das ist doch klar – wie auch immer definiert und implementiert – ist ein Feind freien Denkens und damit der Wissenschaft. Sie ist eine (selbstaufgelegte) Fessel, die auch von den Gleichstellungsreferenten (was verdächtig nach George Orwell oder DDR-Behörde klingt) ausgeht. Ideologien, also voreingenommene weltanschauliche Antiwissenschaftlichkeit, wie Gendermainstreaming, behindern Meinungsfreiheit und wirken auch gegen eine Verbesserung unserer Universitäten, weil nicht allein nach Qualität entschieden wird, sondern ein politisches Ziel verfolgt wird: eine falsche Gleichmacherei. Falsch, weil sie real-existierende Geschlechterunterschiede ignoriert und aktiv diskriminiert, und zwar zum Nachteil von Männern. Diese können nichts dafür, dass jetzt gerächt werden soll, was den Frauen in der Generation ihrer Großmütter angetan wurde. Ein vergangenes Ungerecht kann aber nicht durch ein neues wettgemacht werden.

Die größte Gefahr für der Meinungsfreiheit kommt aber von jedem von uns selbst. Wenn wir Selbstzensur betreiben, keine Zivilcourage zeigen und in voraussetzendem Gehorsam den Mund halten, weil wir um Gehaltszulagen oder gar Stellen fürchten, dann dürfen wir uns nicht beklagen, dass wir später nicht mehr alles sagen, lehren oder forschen dürfen. Es kann keine freie Gesellschaft ohne freie Wissenschaft geben. „Standpunkte“ seien dazu da, eine Diskussion anzuregen, so wurde mir gesagt.

Zurück | [Artikel versenden](#) | [Artikel drucken](#)

Abbildung 1: Auszug aus ‚Standpunkt‘ der Forschung & Lehre, Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbands, Heft 09/2016; Autor: A. Meyer, Professor für Zoologie und Evolutionsbiologie an der Universität Konstanz.

Kelle: Das ist ganz schwierig rauszubekommen. Aber man muss sich nur vor Augen führen: Es gibt in Deutschland etwa 180 Professuren zum Gender Mainstreaming. Es gibt um die 2000 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte in Ämtern. Und dann natürlich Gleichstellungsmaßnahmen in Ministerien, Stiftungen, Projekte, Aktionen....Ich habe aber eine Summe gefunden – auf EU-Ebene: Zwischen 2007 und 2013 wurden für Projekte zur Gendergerechtigkeit insgesamt 3,56 Milliarden Euro ausgegeben. Auf der anderen Seite erzählt man uns Eltern immer: Es ist für nichts Geld da. In der Schule fallen wegen Lehrermangels Stunden aus. Aber wir haben Geld da für Projekte, in denen die Kinder in den Schulen sexuelle Vielfalt lernen und um Ampelmännchen zu Ampelweibchen umzugestalten.

In Ihrem Buch beschreiben Sie noch eine wissenschaftliche Studie zum Thema Gender Mainstreaming in München.

Kelle: In München zahlt die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Forschung über die Frage „Soziologische Explorationen zur (Neu) Kodierung der Geschlechterdifferenz am Beispiel Schönheitschirurgie“. Allein diese Erkenntnisse werden wir mit 232.000 Euro bezahlen, denn die DFG wird fast 100-prozentig aus Steuermitteln finanziert. Ich muss aber ehrlich sagen: Ich kapiere nicht mal die Fragestellung der Studie. Was soll denn dabei herauskommen?

Kelle: Gender-Studien bisher nur mit belanglosen Ergebnissen

Welche Erkenntnisse brachten denn solche Gender-Studien bisher?

Abb.2: Interview mit Birgit Kelle, Journalistin und Buchautorin, In: Der Merkur vom 03.03.2015

Andererseits wird vehement, zum Teil im selben Dokument, gefordert, die Wissenschaft – die Gender Studies also – habe »gesellschaftlich nützlich« und, darin impliziert, für alle Steuerzahlenden unmittel-

bar nachvollziehbar zu sein. Schließlich, so das populistische Argument, werden die Gender Studies aus »unser aller Steuergelder« finanziert (Abbildung 2).

Es wird also im selben Kontext zum einen moniert, die Gender Studies seien zu politisch, zu politiknah, zu lobbyistisch, zum anderen wird ihnen vorgeworfen, nicht hinreichend nah an den konkreten und realen Problemen der Menschen im Alltag zu sein, also zu weit weg von den (ja letztlich politischen) Problemen der ‚normalen‘ Menschen. Weiterhin wird systematisch behauptet, die Gender Studies seien an den Universitäten und Hochschulen unverhältnismäßig präsent – es habe eine »Genderisierung der Universitäten« stattgefunden, dabei hielten die Gender Studies wissenschaftlichen Standards nicht Stand – so etwa der Frankfurter Biologie-Professor Hans Peter Klein, Präsident der Gesellschaft für Didaktik der Biowissenschaften, in der FAZ im Mai 2015:

»Die ›Gender Studies‹ haben Fachbereiche und Schulfächer fest im Griff. Kritik ist unerwünscht. Wer aufbegehrt, wird – mindestens – als ›reaktionär‹ bezeichnet. Die genderorientierten Curricula halten aber wissenschaftlichen Ansprüchen keineswegs stand. [...] Im Zuge der Genderisierung der Universitäten mit mittlerweile fast zweihundert speziell dafür eingerichteten Professuren hat sich das grundlegend geändert. Denn diejenigen, die in dieser Geschlechterforschung ihre Mission sehen, wurden durch öffentliche Proteste nicht von ihrem Weg abgebracht. Sie wollen, dass alle Menschen so denken wie sie, weil sie sich im Besitze einer Wahrheit wähnen, die alle anderen missachten oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Dahinter steckt ein Erziehungsprogramm, für das die Vertreter dieser Position keine demokratische Legitimation besitzen.« (Klein in FAZ, 30.05.2015)

Zum Institutionalierungsgrad und zur Stellensituation der Gender Studies kursieren in den von uns untersuchten Konstellationen verzerrte, oft schlicht falsche Zahlen und Angaben. Auch wird mit bewusst unscharfen oder fundamentalistischen Begriffen operiert, so wird oft von »Lehrstühlen« statt Professuren gesprochen, was offenbar eine rhetorische Aufwertung sein soll und es dann ermöglicht, diffamierend von »Lehrstuhlbesetzern« zu sprechen (etwa Klein, Diefenbach in ScienceFiles März 2015; <https://sciencefiles.org/2015/03/26/alles-rassisten-in-der-burgerlichen-mitte-die-sektion-frauen-und-geschlechterforschung-der-dgs-klart-auf/>). Oder es werden aus (tatsächlich meist nebenberuflichen, oft nicht oder deutlich unterbezahlten beziehungsweise prekär beschäftigten) Lehrbeauftragten »Dozenten«, was eine hauptberufliche Beschäftigung suggeriert. Zudem wird der Eindruck erweckt, als flössen Millionen, gar Milliarden öffentlicher Gelder in eine politische Ideologie, die sich nicht nur als Wissenschaft tarnt, sondern auch die jungen Menschen in den Universitäten zu ideologisieren versuche: „Da verfassen rund 200 Lehrstühle tausende von Texten („Genderstudies“), mit einer staatlichen Förderung jährlich in mehrstelliger Millionenhöhe und ohne Zwang, unbedingt Forschungsergebnisse zu erzielen.“ (Kuhla in The European vom 14.10.2016; <http://www.theeuropean.de/eckhard-kuhla/11359-ein-fuellhorn-ergebnisfreier-forschung>). Wie die »Maden im Speck« fräßen sich dann die »Genderistas« und »Lehrstuhlbesetzerinnen« durch die Universitäten, finanziert von »unser aller sauer verdientem Geld«⁷.

Mit den tatsächlichen Verhältnissen an deutschen Hochschulen haben diese Behauptungen wenig zu tun: Im Jahre 2013 lehrten an Hochschulen und Universitäten in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt rund 35.000 hauptberufliche Professor_innen. Dies umfasst alle Besoldungsstufen und Hochschulformen. Von diesen rund 35.000 weisen ca. 150 eine Teil- oder Volldenomination für Gender

⁷ <http://www.blu-news.org/2014/11/06/professx-fuer-gender-studies-oder-wie-mein-sauer-verdientes-geld-verpulvert-wird/>

Studies bzw. Geschlechterforschung auf. Das macht knapp 0,4 Prozent der Professuren insgesamt aus.⁸ Im Übrigen existiert in Deutschland zwar eine nationale wissenschaftliche Fachgesellschaft für Gender Studies,⁹ die Fachgesellschaft Geschlechterstudien, aber im institutionalisierten Gefüge etwa der Forschungsförderung, zum Beispiel bei der DFG, existieren die Gender Studies nicht als eigenes Fach. Wer mag, kann nun knapp 0,4 Prozent aller Professuren für eine sich abzeichnende oder bereits vollzogene »Genderisierung« der Universitäten halten. Tatsächlich aber gibt es freilich weder eine massenhafte Präsenz der Geschlechterforschung an deutschen Hochschulen, noch stellen diese eine Bedrohung anderer Disziplinen dar. Letzteres wird jedoch immer wieder von jener Seite behauptet. Dabei werden Fächer und Disziplinen gegeneinander gerechnet, zwischen ihnen Kausalitäten unterstellt und suggeriert, die Ausbreitung beziehungsweise der »Boom« (Martenstein 2013) oder gar »Terror« (Stausberg 2015) der Gender Studies gehe zu Lasten anderer Fächer: »Jede Million für die Geschlechterforschung ist eine weniger für die Meteorologie oder die Byzantinistik« (Weber 2016). So gesehen, wäre jede Million für die Latinistik oder Epigenetik eine Million weniger für die Tibetologie oder Kulturgeschichte. Und so weiter.

Unbeirrt von Fakten wird in anti-genderistischen Konstellationen stur behauptet, Gender Studies seien Teil einer »Gender-Lobby«. Solche Vermischungen und Gleichsetzungen durchziehen die Mehrzahl einschlägiger Dokumente und Artikulationen: Gender Studies = Gender Mainstreaming = Feminismus = Staatliche Politik. Der Vorwurf, Gender Studies sei Teil der Staatsräson, so geschehen etwa bei der TV Sendung »Hart, aber Fair« vom 3.03.2015, stellt dabei nicht nur ein zentrales Muster in der rhetorischen Diskreditierung dar. Es ist auch vielfach anschlussfähig in Richtung populistischer Argumente und Rhetorik eines zunehmend undemokratisch agierenden Anti-Etatismus. Dabei wird diese Gleichsetzung systematisch verkoppelt mit nationalistischen und anti-europäischen Haltungen, insbesondere mit Bezug auf die Chiffre »Brüssel«. So war bereits im Sommer 2006 in der Zeitung *Junge Freiheit* zu lesen:

»Vom unermüdlichen Werken und Weben der Lobbyisten und Ideologen in der Brüsseler Eurokratie erfährt der Normalbürger in der Regel erst, wenn es zu spät ist. [...] Das Konzept [Gender] stammt aus der feministischen Lesbenbewegung und beruht auf der Annahme, »Geschlecht« sei nicht biologisch vorgegeben, sondern ein soziales und damit veränderbares Konzept. Heterosexualität ist in dieser Auffassung kein Normalzustand, sondern ein zu überwindender, überkommener Zwangsbegriff.« (Lattas 2006)¹⁰

Nun ist all das, für sich genommen, nicht ganz neu. Denn die Ansicht, Feminist*innen, Queers und andere trieben es zu weit mit ihrer Infragestellung der vermeintlich natürlichen Ordnung der Dinge, ist so alt wie diese Ordnung selbst. Oder, anders formuliert, die reflexivierende Infragestellung naturalistischer Kontingenzschließungen in der Moderne zugunsten der politischen Gleichheit, wie sie zahlreiche soziale Bewegungen charakterisiert, ist seit jeher begleitet von abwehrenden und diffamierenden Gegenbewegungen (*backlashes*). Und doch sind diese immer raumzeitlich spezifisch. Daher ist es soziologisch wie politisch relevant, sich empirisch und theoretisch fundiert mit den aktuellen Formen auseinanderzusetzen. Dabei lässt sich feststellen, dass die heutigen Angriffe im Unterschied zu den

⁸ Zahlen und Daten hierzu: <http://www.database.mvz.org> (FU Berlin) und beim Statistischen Bundesamt unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/BildungForschungKultur/Hochschulen/Hochschulen.html>. Ausführlich in der Analyse Bock/Heintzmann/Lind 2011.

⁹ www.fg-gender.de.

¹⁰ <http://www.jf-archiv.de/archiv06/200628070733.htm>

historischen Vorläufern des Anti-Feminismus keine wesentlichen Anfechtungen von Feminismus und der Idee der Gleichheit sind (ausführlicher hierzu auch Maihofer, Schutzbach 2015). Die Argumentation ist also nicht, dass Frauen* nicht gleich an Rechten sein können oder sollen, weil sie von Natur aus verschieden seien. Vielmehr wird behauptet, Frauen* und Männer* seien zwar gleich an Rechten, doch von Natur aus grundsätzlich, wesentlich, offensichtlich ontologisch verschieden. Statt gegen Feminismus – und das kann in der Tat als historisches Novum betrachtet werden – wird daher heute gegen ein akademisches Konzept mobilisiert: Gender. Ein Konzept das tatsächlich post-essentialistisch und zumindest nicht naiv naturalistisch ist, sondern auf die gleichermaßen soziale, historisch, kulturelle und biologische Prägung der Geschlechterdifferenz abhebt. An die Stelle anti-feministischen Ressentiments tritt die Beschwörung einer Dystopie staatlich verordneter, geschlechtsindifferenter Gleichmacherei, die, so Volker Zastrow, Leiter des Politikressorts der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, schon 2006 in einem Artikel, der bis heute als Referenzrahmen dieses Diskurses angesehen werden kann, der »Empfindung der meisten Menschen, den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung« widerspreche und gegen die es sich daher legitimer Weise aufzulehnen gälte:

»Und damit endlich ist man beim theoretischen Kern des ›Gender‹-Begriffs. Er meint nämlich keineswegs die Existenz sozialer Geschlechterrollen und deren Merkmale: also eine Banalität, an die feministische Klassikerinnen wie Betty Friedan noch anknüpften. Vielmehr behauptet ›Gender‹ in letzter Konsequenz, daß es biologisches Geschlecht nicht gebe. Die Einteilung der Neugeborenen in Jungen und Mädchen sei Willkür, ebensowohl könnte man sie auch nach ganz anderen Gesichtspunkten unterscheiden, etwa in Große und Kleine. Daher liege bereits in der Annahme der Existenz von Geschlecht eine letztlich gewalthafte Zuweisung von Identität: die ›heterosexuelle Matrix‹. Diese eher philosophische Hypothese widerstreitet der ursprünglichsten Wahrnehmung und Empfindung der meisten Menschen, den Religionen und naturwissenschaftlicher Forschung.« (Zastrow 2006)¹¹

Was hat dies nun mit der offenen Gesellschaft und ihren Feinden zu tun? Wir formulierten zu Beginn, dass jene sich selbst als »Anti-Genderismus« bezeichnenden Positionen durchaus – zumindest intuitiv – verstehen, dass Gender ein post-essentialistischer Begriff ist. Sie verstehen auch, dass die geschlechtlich-sexuelle Ordnung der Dinge tatsächlich brüchig geworden ist – wobei vorerst dahin gestellt sei, ob diese Prekarisierung (Wimbauer, Motakef, Teschlade 2015) ein Symptom ohnehin sich vollziehender Dynamiken der Entsicherung und Deregulierung von sozialen Strukturen und kulturellen Mustern ist, die ihrerseits als Modernisierung von Herrschaftsformen („Gouvernementalität“) zu verstehen ist. Oder doch das Ergebnis emanzipatorischer Kämpfe. Oder beides zugleich (so auch die Beiträge in Bargetz, Ludwig, Sauer 2015).

Mit Irene Dölling (2008) argumentiert, gehört die Produktion vielfältiger, sich beständig modernisierender Deutungen und Erfahrungsweisen von Geschlechtlichkeit seit jeher zum Arsenal jener Strategien moderner, ergo offener Gesellschaften, mit denen diese sich in der Dynamik sozialen Wandels selbst stabilisieren. Die miteinander verschränkten hegemonialen Geschlechter- und heteronormativen Familiendiskurse der Moderne sind Dölling zufolge hierfür besonders funktional, da sie »eine die Individuen und ihre unmittelbaren Beziehungen direkt ansprechende Form des Verhandeln über die Gesellschaft, ihr Selbstverständnis, die Legitimierung von In- und Exklusionen und von Ungleichheiten« darstellen (Dölling 2008: 24).

¹¹ <http://www.faz.net/aktuell/politik/gender-mainstreaming-politische-geschlechtsumwandlung-1327841.html>

Die scientistisch überformte, naturalisierte Geschlechterdifferenz, die seit dem Ende des 18. Jahrhunderts hegemonial wurde, stellt, wie nicht zuletzt die von uns behandelten Auseinandersetzungen zeigen, bis heute ein mächtiges, immer wieder aktualisiertes und aktualisierbares Dispositiv (Foucault; siehe hierzu ausführlich Bührmann 1998) dar, das nicht zuletzt darauf antwortet, dass strukturelle Gleichheitsversprechen der Moderne – etwa entlang der Geschlechterdifferenz – nicht eingelöst sind. Wenn aber der ›kleine Unterschied‹ nicht mehr selbstverständlich als Deutungs- und Sinnressource zur Legitimation und Apriori-Begründung von Ungleichheit zur Verfügung steht, und angesichts der Rohstoffisierung der Körper die auch somatische Geschlechterdifferenz etwa mit Hilfe der kosmetischen Chirurgie zunehmend als machbar scheint, wo gleichgeschlechtliche Lebensweisen eine zunehmende rechtliche Anerkennung erfahren und Trans*-Personen zunehmend sichtbar werden, kurzum: nun, da der Gender Trouble mehr und mehr Teil des Selbst-Verständnisses der Gesellschaft ist, wird einmal mehr »scientistischer Lärm« produziert und die naturwissenschaftlich skandiierte Betonung von wie auch immer ›natürlichen‹ Geschlechterdifferenzen wieder relevant (gemacht).

Das aber bedeutet, dass es der feministischen und geschlechterkritischen Theorie in der Tat gelungen ist, Gender zu einem kritischen Werkzeug umzuformen, das heißt in einen Begriff zu transformieren, der keine Aussage darüber macht, ›was‹ sexuelle Differenz ist, sondern die Analyse von Konstitutions- und Konstruktionsverhältnissen einschließlich ihrer Machtförmigkeit ermöglicht. Der »Wahrheitsraum« Geschlecht (Forster 2008), der über mehr als zwei Jahrhunderte, seit Beginn der modernen Wissenschaft, an der Naturalisierung von Geschlecht ausgerichtet war, wurde, mit anderen Worten, durch die Gender Studies neu geordnet. Dass Aussagen über Geschlecht nur dann als wissenschaftlich ›wahre‹ Aussagen gelten können, sofern sie im Horizont einer naturhaft gedeuteten, kontradiktorisch organisierten und heteronormativ fundierten zweigeschlechtlichen Differenz angesiedelt sind, beansprucht zwar bis in die Gegenwart der Lebenswissenschaften Gültigkeit; dieser Deutungsanspruch ist indes heute begründungspflichtig und hat seinen unhinterfragten, doxischen Charakter verloren. Und genau dagegen richtet sich die sogenannte »Anti-Genderismus«-Revolte.

Die offene Gesellschaft und ihre fundamentalistischen Gegner

Was wir hoffentlich haben zeigen können, ist, dass ›Gender‹ in Tat und Wahrheit dazu angetan ist, alltagsweltliche Gewissheiten zu stören und zu irritieren. Zugleich bringt der Begriff, auch wenn dies nicht das Thema des Beitrags ist, bisher Unsichtbares, Verfemtes, und Marginalisiertes ans politische und kulturelle Licht: Existenzweisen, Erfahrungen und Normalitäten jenseits der geschlechtlichen Binarität, fluide Geschlechtlichkeiten, nicht-binäre körperliche und affektive Geschlechtlichkeiten. Dies führt zu *gender trouble*, mit denen eine offene Gesellschaft reflexiv umgehen muss, selbstverständlich auch kritisch. Die vehementen, hasserfüllten Anfechtungen, denen die Gender Studies seit mittlerweile mehr als zehn Jahren ausgesetzt sind, stellen das Gegenteil eines solchen Umgangs dar. Deutlich machen konnten wir hoffentlich auch, dass ›Gender‹ seitens rechtspopulistischer Kräfte nicht nur benutzt wird, um Verstörung und Irritation zu artikulieren, sondern um einen neuen Antagonismus, einen neuen Wir/Sie-Gegensatz – ›das Volk‹ gegen ›das Establishment‹ – zu inszenieren.

Auf dem Spiel steht daher weit mehr als die Reputation der Gender Studies. Denn die Angriffe zielen nicht nur darauf, Wissenschaftler_innen und ihre wissenschaftliche Arbeit zu beschädigen, das interdisziplinäre Feld der Geschlechterforschung zu diskreditieren und als unwissenschaftlich zu denunzieren. Auf dem Spiel steht auch die explizite Diskreditierung von Wissenschaft und Universität als Ort eines unbedingten Fragens und Verhandelns von Wirklichkeit, als Teil einer offenen, demokrati-

schen und polyperspektivischen Gesellschaft. Auf dem Spiel steht damit diese offene, demokratische und polyperspektivische Gesellschaft selbst.

Dabei – und darauf wollen wir abschließend hinweisen – ist der so genannte »Anti-Genderismus« nicht nur Element eines autoritären, rechtspopulistischen Dispositivs, das auf die innere Aushöhlung rechtsstaatlicher, demokratischer Prinzipien (Wissenschaftsfreiheit) zielt. Vielmehr wird ›Gender‹ hier in spezifischer Weise auch mobilisiert für die Rechtfertigung von rassistischen beziehungsweise islamfeindlichen Ausgrenzungspolitiken. Überall in Europa erleben wir derzeit, dass fremdenfeindliche, nationalistische Parteien, aber auch neoliberale Regierungen in zunehmenden Maße Vorstellungen von Gleichberechtigung benutzen, um darzustellen, dass männliche muslimische Bürger – und nichtwestliche männliche Migranten ganz allgemein – nicht imstande seien, die Rechte von Frauen* und LGBTIQ zu respektieren. Diese Art der Mobilisierung von Gender, Sexualität und einer Vorstellung von Frauenemanzipation durch nationalistische und fremdenfeindliche Parteien sowie durch konservative Regierungen ist sicher einer der wichtigsten Aspekte zur Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Lage. So sind die Kämpfe gegen sexuelle Vielfalt und gegen alles, was der vermeintliche »Gender-Wahn« ist, in den Programmatiken und Rhetoriken von AfD und Pegida eng verknüpft mit entkerneten Gleichstellungsrhetoriken und -politiken, die deutlich fremdenfeindlich und rassistisch codiert sind.

Wir stellen uns vor diesem Hintergrund die Frage, wie auf diese Dynamiken und Politiken wissenschaftlich wie politisch zu reagieren ist. Zweifellos richtig ist, sich nicht auf einen, wie Foucault sagen würde, Diskurs der Veridiktion (Foucault 2006: 60) einzulassen, also Regeln festzulegen, die regulieren, was in Bezug auf ›Gender‹ eine wahre oder falsche Aussage ist. Aber auch auf den von Teilen der Allianz im Geiste erzeugten Rahmen von Selbstviktimsierung und Selbstheroisierung und das Angebot, innerhalb eines solchen Rahmens zu agieren, sollten wir uns nicht einlassen. Dass wir als Soziolog_innen indes auch selbstkritische Antworten auf die politische Herausforderung der rechtspopulistischen Landnahme der Demokratie wagen müssen, scheint uns gewiss.

Literatur

- Bargetz, B., Ludwig, G., Sauer, B. (Hg.) 2015: *Gouvernementalität und Geschlecht*. Politische Theorie im Anschluss an Foucault. Frankfurt am Main: Campus.
- Bock, U., Heitzmann, D., Lind, I. 2011: *Genderforschung - zwischen disziplinärer Marginalisierung und institutioneller Etablierung*. Zum aktuellen Stand des Institutionalisierungsprozesses von Genderprofessuren an deutschsprachigen Hochschulen. *Gender: Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*, 3. Jg., Heft 2, 98–113.
- Bührmann, A. D. 1998: *Die Normalisierung der Geschlechter in Geschlechterdispositiven*. In H. Bublitz (Hg.), *Das Geschlecht der Moderne. Genealogie und Archäologie der Geschlechterdifferenz*. Frankfurt am Main u.a.: Campus, 71–94.
- Dölling, I. 2008: *„Eva-Prinzip? „Neuer Feminismus? Aktuelle Verschiebungen in Geschlechterleitbildern im Kontext gesellschaftlicher Umbruchsprozesse*. In Marburger Gender-Kolleg (Hg.), *Geschlecht Macht Arbeit. Interdisziplinäre Perspektiven und politische Intervention*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 24–41.
- Frey, R., Gärtner, M., Köhnen, M., Scheele, S. 2014: *Gender, Wissenschaftlichkeit und Ideologie. Argumente im Streit um Geschlechterverhältnisse*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Goffman, E. 2001: *Interaktion und Geschlecht*. Frankfurt am Main: Campus.
- Goffman, E. 1981: *Geschlecht und Werbung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hark, S., Villa, P.-I. (Hg.) 2015a: *(Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: transcript.

- Hark, S., Villa, P.-I. 2015b: „Anti-Genderismus“. Warum dieses Buch? In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 7–14.
- Hark, S., Villa, P.-I. 2015c: „Eine Frage an und für unsere Zeit“. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 15–40.
- Herrmann, S. K. 2015: Politischer Antagonismus und sprachliche Gewalt. In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 79–92.
- Kemper, A. 2016: Foundation of the nation. How political parties and movements are radicalising others in favour of conservative family values and against tolerance, diversity, and progressive gender politics in Europe. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung FES, <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/12503.pdf> (letzter Aufruf 31.08.2017).
- Kovac, E., Poim, M. (eds.) 2015: Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung FES, <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/budapest/11382.pdf> (letzter Aufruf 31.08.2017)
- Kuhar, R., Paternotte, D. (eds.) 2017: Anti-gender campaigns in Europe. Mobilizing against equality. Washington, D.C.: Rowman & Littlefield.
- Maihofer, A., Schutzbach, F. 2015: Vom Antifeminismus zum Anti-Genderismus. Eine zeitdiagnostische Betrachtung am Beispiel Schweiz. In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 201–218.
- Mouffe, C. 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, C. 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Müller, U. 1998: Asymmetrische Geschlechterkultur in Organisationen und Frauenförderung als Prozeß – mit Beispielen aus Betrieben und der Universität. Zeitschrift für Personalforschung, 12. Jg., Sonderheft 2, 123–142.
- Scott, J. [1986] 1994: Gender: Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse. In N. Kaiser (Hg.), Selbst Bewusst. Frauen in den USA. Leipzig: Reclam, 27–75.
- Villa, P.-I. 2016: Selbst-Heroisierung: Die zweite Hauptrolle im Immunisierungsdrama. Hohe Luft: Philosophie Zeitschrift, Juni 2016, <http://www.hoheluft-magazin.de/2016/06/na-logisch-selbst-heroisierung-die-zweite-hauptrolle-im-immunisierungsdrama/> (letzter Aufruf 31.08.2017).
- Wimbauer, C., Motakef, M., Teschlade, J. 2015: Prekäre Selbstverständlichkeiten. Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In S. Hark, P.-I. Villa (Hg.), (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transcript, 41–58.

Material

- Martenstein, H. 2013: Schlecht, schlechter, Geschlecht. ZEITmagazin, Nr. 24/2013, <http://www.zeit.de/2013/24/genderforschung-kulturelle-unterschiede> (letzter Aufruf 31.08.2017).
- Stausberg, H. 2015: Hurra! Viele neue Jobs durch Gender-Terror. Welt, 15.03.2015, <http://www.welt.de/debatte/kolumnen/die-strenge-stausberg/article138434594/Hurra-Viele-neue-Jobs-durch-Gender-Terror.html> (letzter Aufruf 31.08.2017).
- Zastrow, V. 2006: Politische Geschlechtsumwandlung. Frankfurter Allgemeine Zeitung FAZ, 20.06.2006, <http://www.faz.net/aktuell/politik/gender-mainstreaming-politische-geschlechtsumwandlung-1327841.html> (letzter Aufruf 31.08.2017).